

Freitag
27.12.2013

Kölner Stadt-Anzeiger

Rodenkirchen

Nord-Süd-Stadtbahn

Kritik an Zeitpunkt und Inhalt

Erstellt 18.12.2013



Stau am Verteilerkreis: Laut Gutachten soll die Verkehrsdichte bis 2025 nicht nennenswert steigen. Foto: phh

Die Pläne für die dritte Baustufe Nord-Süd-Stadtbahn haben den Rat passiert. Änderungen betreffen vor allem die Bonner Straße und deren Umgebung. Das von der Verwaltung vorgelegte Verkehrsgutachten stößt auf Kritik. Von Philipp Haaser

Bayenthal/Marienburg. Politik und Verwaltung haben sich zum Ziel gesetzt, dass die Menschen zwischen Bayenthal und Rodenkirchen künftig eher in den Wagen der Stadtbahn als in ihren Autos auf den verstopften Straßen unterwegs sind. Die Pläne für die dritte Baustufe der Nord-Süd-Stadtbahn haben am Dienstag den Rat passiert. Die Fraktionen von SPD und Grünen stimmten den Entwürfen zu, die nun zur Genehmigung an die Bezirksregierung weitergeleitet werden.

Nicht nur die Bonner Straße, in deren Mitte in Zukunft Gleise verlaufen, verändert sich damit. Auch die weitere Umgebung wird von Anfang an betroffen sein. Schon im November hatten die Rodenkirchener Bezirksvertreter den Umbau gebilligt. Doch fragen sie sich nun, auf welcher Grundlage sie zugestimmt haben.

„Wir sind maßlos enttäuscht“, sagte Alexander Balint (Bündnis 90/Grüne) in der jüngsten Sitzung des Stadtteilparlaments. Das Amt für Straßen und Verkehrstechnik hatte ihnen kurz zuvor das Gutachten zugeleitet, das die Auswirkungen des Stadtbahnbaus im Kölner Süden untersucht – vier Wochen nach der Abstimmung über die Pläne.

Äußerst optimistische Annahmen

„Dass wir mit den Vertretern der Verwaltung über eine derart wesentliche Entscheidung diskutieren, ohne dass das Gutachten auch nur mit einem Wort erwähnt wird, ist nicht akzeptabel“, sagte Balint deshalb. Gerd Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, hatte die Pläne den Bezirksvertretern in der Novembersitzung, vorgestellt. Einhellig hatten die Fraktionen im Anschluss noch die umfangreiche Bürgerbeteiligung gelobt.

Verteilerkreis

Die Bewohner der Siedlung Heidekaul bemängeln, dass der Verteilerkreis am südlichen Ende der geplanten Stadtbahnlinie nicht in die Untersuchung einbezogen wurde. Es sei „völlig unverständlich“, dass trotzdem über die Lage der Endhaltestelle und des Parkhauses unmittelbar am Kreisverkehr entschieden worden sei. Sie fordern den Ausbau des Verteilers und den Bau des Parkhauses auf der Südseite.

Zuständig für den Bonner Verteiler, an dem sich Militärring, A555 und Bonner Straße treffen, ist das Landesunternehmen Straßen NRW. Mitarbeiter untersuchen derzeit im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau des Autobahnkreuzes Köln-Süd, ob der Verteiler erweitert werden muss. (pjh)

Doch nicht nur der Zeitpunkt, auch der Inhalt des Gutachtens stieß auf Kritik. CDU-Vertreter Christoph Schykowski bemängelte „Unstimmigkeiten“ in der Untersuchung. Insbesondere die Annahme, dass täglich 17.900 Autofahrten entfallen sollen, weil mehr Menschen die Bahn nutzen, hält er für „äußerst optimistisch“. „Ich rechne mit mehr Verkehr auf der Bonner Straße und auf der Vorgebirgsstraße“, sagte Schykowski.

Verkehrsdichte ähnlich hoch

Die Gutachter kommen zu dem Schluss, die Verkehrsdichte auf den Straßen werde im Jahr 2025 „meist ähnlich hoch“ wie heute sein, weil die Nord-Süd-Bahn den zusätzlichen Verkehr auffange. Er entsteht durch die zahlreichen neuen Wohngebiete, die im Kölner Süden geplant sind. Schykowskis Fraktionskollegin Friederike Haniel erinnerte an das seit langer Zeit geforderte Konzept zur Verkehrsberuhigung der umliegenden Wohnviertel.

Sie berichtete außerdem von der Kritik der Bürgervereine aus dem Kölner Süden, das Gutachten sei nicht aktuell. In einer gemeinsamen Stellungnahme kritisieren der Bürgerverein Bayenthal/Marienburg und die Interessengemeinschaft Marienburg, dass sich das Gutachten auf veraltete Verkehrszählungen beziehe, überholte, zu geringe Wachstumsprognosen verwende und geplante Neubaugebiete nicht berücksichtige, obwohl ihre Umsetzung im betrachteten Zeitraum bis 2025 absehbar sei. Würden diese Aspekte berücksichtigt, würde sich das Ergebnis „maßgeblich“ vom aktuellen Fazit unterscheiden.

Insbesondere bezweifeln sie, dass die Zahlen zum Verkehr durch die Wohngebiete in Bayenthal und Marienburg stimmen. Sie fordern „dringend“ die Reduzierung auf ein „normales Maß“ für Wohngebiete. Stattdessen müssten die Hauptstraßen sowie Busse und Bahnen den Verkehr aufnehmen. Im Gutachten finden sich Vorschläge zur Verkehrsberuhigung der Wohngebiete, etwa Parkbuchten und kurze Abbiege-Phasen an den Ampeln, die in die Viertel hineinführen.